

# Nein zu Privatfernsehen mit ausländischer Beteiligung : Heimatschutz oder Weitsicht?

Autor(en): **Lenzin, René**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Revue : die Zeitschrift für Auslandschweizer**

Band (Jahr): **21 (1994)**

Heft 4

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-910274>

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Nein zu Privatfernsehen mit ausländischer Beteiligung

# Heimatschutz oder Weitsicht?

**Der Streit um eine Stunde Privatfernsehen spaltet die mediale Schweiz. Ein Rührstück helvetischer Prägung.**

**D**er Bundesrat hat es Ende April abgelehnt, dem sogenannten RTL-Fenster eine Konzession zu erteilen. Die vier Verlagshäuser Basler Zeitung, Curti Medien, Luzerner Zeitung und Tages-Anzeiger dürfen demnach ihre geplante Stunde Fernsehen pro Tag

René Lenzin

nicht über die Frequenz des deutsch-luxemburgischen Kommerzsenders flimmern lassen. Kein Entscheid von besonderer Tragweite, könnte man denken, wenn sich da nicht etliche Vor- und Nebengeschichten abgespielt hätten.

## Gescheiterte Projekte

Nach dem Eindringen von Privatradios ins Monopol der Schweizerischen Radio- und Fernsehgesellschaft (SRG) in den achtziger Jahren ertönte der Ruf nach Privatfernsehen auch in der Schweiz immer lauter. Der mit Pauken und Trompeten angekündigte «European Business Channel» sendete jedoch nicht lange, da Managerinnen und Manager offenbar lieber bei der guten alten «Neuen Zürcher Zeitung» blieben, als morgens die neusten Wirtschaftstrends am Bildschirm zu konsumieren. Noch schlechter erging es dem Projekt «Tell-TV» der SRG-Erzfeindin Margrith Trappe. Zwar waren die Studios eingerichtet und die Leute eingestellt, doch der finanzielle Kollaps erfolgte noch vor dem Sendestart.

Zwei Konzessionen auf nationaler Ebene, zwei Flops. Medienminister Adolf Ogi – ein deklariertes Freund der Marktwirtschaft auch im Medienbereich – stand plötzlich unter Zugzwang. Also forcierte er S Plus, die vierte Kette der SRG, quasi als hausinterne Konkurrenz. Dies jedoch, ohne dem neuen Sender die Mittel und die programmatische Freiheit zu geben, die ihn zu dem gemacht hätten, was Ogi vorschwebte. Private Anbieter von Fernsehprogrammen

mochten unter diesen Umständen kaum mitmachen, Einschaltquoten und Werbebeeinflussungen blieben entsprechend tief.

Und nun kam RTL, ohnehin schon der erfolgreichste ausländische Sender in der Deutschschweiz, und wollte einen weiteren Versuch starten. Die zeitlich limitierte Sendezeit sowie das florierende Medienimperium im Rücken bürgten für den wirtschaftlichen Erfolg, die vier Verlagshäuser für schweizerische Qualität. Ein äusserst gefährliches Projekt also für diejenigen, die – aus verschiedenen Gründen – um das Monopol der SRG fürchten oder ein eigenes Eisen im Feuer haben.

## Seltsame Koalitionen

Auf dem «Jahrmarkt der medialen Eitelkeiten» spielten sich in der Folge die umwerfendsten Szenen ab. Roger Schwinski, der ehemalige Radiopirat und glühende Verfechter einer freiheitlichen Medienordnung, plädierte plötzlich für eine Schweizer Lösung und sekundierte damit die sonst hart kritisierte SRG in ihrem zum Überlebenskampf hochstilisierten Abwehrakt gegen das RTL-Fenster. Der Journalist Frank A. Meyer, Mitglied der Ringier-Konzernleitung und damit im nicht gerade zimperlichen Boulevardgeschäft tätig, sah plötzlich die Schweizer Kultur in Gefahr. (Könnte es allenfalls sein, dass diese Anti-RTL-Haltung in Zusammenhang mit gemeinsamen Fernsehprojekten von Schwinski und Ringier steht?) Und die sonst so weltoffenen Romands wurden unisono zu Heimatschützern, weil sie um den SRG-internen Finanzausgleich bangten.

Auf der andern Seite behaupteten gemeinhin als seriös geltende Leute wie Roger de Weck, Chefredaktor des «Tages-Anzeiger», sie wollten qualitativ hochstehendes Fernsehen produzieren, und das ausgerechnet auf einem der seichtesten Kommerzsender Europas. Die beteiligten Verlage hörten zudem nicht auf zu behaupten, RTL wolle gar nichts Böses und helfe mit dem Fenster letztlich auch der SRG: Einerseits belebe Konkurrenz das Geschäft, andererseits erhalte das Fernsehen in der Schweiz damit endlich den Anteil am Werbekuchen, den es international bereits hat.

Der Bundesrat habe sich mit seinem Entscheid äusserst schwer getan, liess die Regierung nach dem Nein an die RTL Schweiz AG verlauten. Es wurde gemunkelt, dass sich zwei Bundesräte, denen gute Kontakte zum Hause Ringier nachgesagt werden, besonders gegen die Konzession gewehrt hätten. Wie dem auch sei, die Regierung setzt jetzt auf einen «Schweizer Weg» in Form eines revitalisierten und noch dynamischeren S Plus. Sie lädt alle Verlage ein, sich daran zu beteiligen und der vierten SRG-Kette damit das gewünschte Mass an Privatfernsehen einzuhauchen. An dieses Unterfangen glaubt aber fast niemand, und das trotz (oder wegen?) des abrupten Abgangs von Direktor Roy Oppenheim.

Die Scharmützel gehen demnach weiter. Gelassen nimmt's dabei eigentlich nur einer: RTL-Chef Helmut Thoma. Denn er wird das Schweizer Fenster – notfalls von Luxemburg aus und ohne schweizerische Beteiligung – sowieso realisieren, wenn er sich davon etwas verspricht. ■

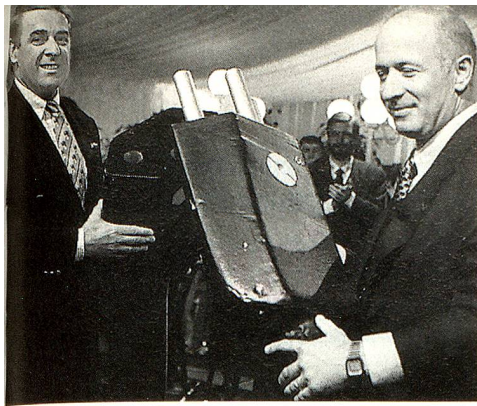
## Presseschau

Der Entscheid des Bundesrates, dem Schweizer Fenster auf RTL keine Konzession zu erteilen, wurde ausführlich – und die jeweiligen Besitzverhältnisse unmissverständlich spiegelnd – kommentiert. Hier eine kleine Auswahl an Meinungen.

### LE NOUVEAU QUOTIDIEN

Die Regierung hat die Gefahren gesehen. Auf einem Goldhaufen sitzend, hatte RTL die Mittel, eine tödliche Breche in unser kleines audiovisuelles Babel zu schlagen. Das Deutschschweizer Fernsehen hätte sich in einem masslosen Konkurrenzkampf aufgerieben. Das Westschweizer und das Tessiner Fernsehen, die teilweise von den Werbebeeinflussungen ihrer grossen Schwester leben, hätten darunter gelitten (...) Der Geist der Wettbewerbsfreiheit ist also dem Geist der eidgenössischen Solidarität unterlegen, die strikt ökonomische Vision der politischen.





Da war die schweizerische Fernsehwelt noch in Ordnung: Bundesrat Adolf Ogi (links) und Direktor Roy Oppenheim beim Sendestart von S Plus (Foto: Keystone)

## Neue Zürcher Zeitung

Was die von Lobbyisten beherrschte Szene (...) befürchten liess, ist nun Tatsache geworden: Ein keineswegs einhelliger, wenig transparenter Mehrheitsentscheid, der nicht auf überprüfbar Argumenten, sondern auf zum Teil längst widerlegten Behauptungen, auf Ge-

meinplätzen und – so muss leider vermutet werden – auf individuellen Präferenzen zugunsten bestimmter Medienunternehmen beruht.

### Blick

Der Entscheid des Bundesrates (...) ist fast schon ein historischer: Für einmal hat unsere Regierung – nicht wie sonst so oft – bloss kühl juristisch verwaltet. Gestern hat sie vielmehr gestaltend eingegriffen. Staatspolitische Weichen gestellt. Mit Herz und Verstand.

### Luzerner Zeitung

Die Absage an RTL Schweiz wird keinen einzigen ausländischen Sender und keine einzige seichte Fernsehsendung zum Verschwinden bringen. Statt dessen werden auch künftig auf fremden Programmen Werbegelder in der Schweiz erwirtschaftet und danach ins Ausland abgeführt. Das ist wirtschaftlich grotesk.

### CORRIERE DEL TICINO

Ogi sprach (...) ständig vom «deutschen» RTL, im Gegensatz zur nationalen SRG (...) Seine Art, den Bundesratsentscheid zu erläutern, wirkte sehr «nationalistisch». Bedenkt man, dass das aus einer Ecke kam, die sonst das Volk bei jeder Gelegenheit einlädt, sich Europa und der Welt zu öffnen, könnte man sich fragen, welches die psychologischen Konsequenzen seien.

### St. Galler Tagblatt

Die «RTL-Schweiz-Verleger» versicherten zwar, mit «journalistischer Qualität» ans Werk gehen zu wollen. Doch wer käme auf die Idee, dem Boulevard-Blatt eine «seriöse Seite» einzufügen? (...) Es bleibt schleierhaft, wie auf diesem Kanal, der die basic instincts des Publikums bedient, zwischendurch die helvetischen Köpfe hätten unterrichtet werden können.

RL

SRI News

# Die Kurzwelle bleibt wichtig

Seit SRI eine neue Strategie verkündet hat («Kurzwelle solange nötig, Satellit so rasch wie möglich»), mehren sich die mahnenden Empfehlungen, die Kurzwelle nicht überstürzt aufzugeben. SRI legt Wert auf Klärung des Sachverhalts.

Die Aussage «Kurzwelle solange nötig – Satellit so rasch wie möglich» ist durchaus richtig, und SRI steht dazu. Ein internationales Schweizer Radio der 90er Jahre kommt an den Satelliten nicht vorbei, wenn es sich als wirksames Mittel der Präsenz der Schweiz im Ausland bewähren will. Jedoch: Das eine tun und das andere nicht lassen; das ist die Devise SRI's.

Der Verzicht auf die Kurzwelle ist undenkbar, solange keine Gewähr dafür geboten ist, dass SRI via Satellit nicht nur stationär, sondern auch mobil empfangbar ist. Das gilt vor allem dort, wo SRI mit aktueller Information aus der Schweiz, mit schweizerischen Meinungen zum Weltgeschehen, mit der journalistischen Beleuchtung wichtiger Urnengänge, usw. eine

(fast) exklusive Rolle spielt. In Europa dürfte es zwar gerade für die residenten Schweizer verhältnismässig einfach sein, ohne grossen Aufwand von der Kurzwelle auf Satellit umzurüsten. Aber auch in Europa ist der Satel-

litene Empfang noch weit von der echten mobilen Nutzung entfernt. Hier will, muss!, SRI eine angemessene Grundversorgung auf Kurzwelle garantieren: aktuelle Information aus der Schweiz und über die Schweiz zu den wichtigsten Hörzeiten, auf mindestens zwei Frequenzen. Eine dieser Frequenzen ist stets 6.165 MHz. Zwei andere, 3.985 und 9.535 MHz, werden alternativ eingesetzt.

Ausserhalb Europas setzt SRI drei bis vier Frequenzen ein und ergänzt die Sender in der Schweiz durch Relais in der Nähe der Zielgebiete. Ab Sommer 1994 arbeitet ein neues leistungsfähiges Relais in Montsinéry (Franz. Guyana) für SRI. Es wird in vielen Weltregionen zu einem wesentlich besseren Empfang unserer Programme beitragen.

Durchwegs perfekte Empfangsverhältnisse sind bei einem weltweit operierenden Medium ein kaum erreichbares Idealziel. Es wird immer ein wenig Geduld brauchen, um sich den «Weg zu bahnen» durch die Vielzahl von Kurzwellen- und später Satellitenfrequenzen. SRI dankt allen Auslandschweizerinnen und Auslandschweizern für diese Geduld und hofft, dass sie ihm die Treue halten und sich kritisch mit seinen Leistungen auseinandersetzen.

Ulrich Kündig,  
Direktor SRI

### Gute Noten

Der Publikumsrat von Schweizer Radio International gab an seiner Sitzung im Juni den deutsch-, französisch-, italienisch- und englischsprachigen Aktualitätsjournalen recht gute Noten in bezug auf Gestaltung und Kommentierung. Die Beiträge sind aktualitätsnah und legen die Geschehnisse nicht nur oberflächlich dar. Der Publikumsrat wünscht, dass diese vertiefte Art der Informationsvermittlung beibehalten und nicht durch Kürzestbeiträge verdrängt wird. Er regt eine grössere Beachtung schweizerischer Geschehnisse an. «Gut gemacht und informativ», so lautet das Urteil des Publikumsrates über die von SRI für stimmwillige Schweizerinnen und Schweizer im Ausland produzierten Kassetten zu den eidgenössischen Abstimmungen. Nützlich wären eine transparentere Positionierung der politischen Kontrahenten und eine bessere Information über das Abstimmungsprozedere. Arnold Isler, Präsident Publikumsrat